



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Herr Burghof-Parkin

Telefon: (0221) 221-21087

Fax: (0221) 221-29166

E-Mail: thiemo.burghof-parkin@stadt-koeln.de

Datum: 13.11.2020

Niederschrift

über die **25. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 01.09.2020, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Neuhaus	SC Janus e.V.
Frau Meike Nienhaus	rubicon e.V.
Frau Sophie Sängler	TXKöln
Herr Joachim Saurenbach	Rheinfetisch e.V.
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Uwe Weiler	KLuST e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen	St. Sebastianus und Afra Schützenbrüderschaft
Herr Stephan Claasen	HomoKlüngel e.V.
Herr Jürgen Piger	Jugendzentrum anyway e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Floris Rudolph	auf Vorschlag Bündnis90/Die Grünen

Schriftführer

Herr Thiemo Burghof-Parkin Amt für Integration und Vielfalt (161/3)

Verwaltung

Herr Hans-Jürgen Oster Amt für Integration und Vielfalt (16)

Frau Nina Rehberg Amt für Integration und Vielfalt (161)

Frau Susanne Bonnemann Amt für Integration und Vielfalt (161/3)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kathrin Balke Jugendzentrum anyway e.V.

Herr Sascha Korinek LSVD Köln e.V.

Herr Alf Bernd Spröde Völklinger Kreis e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Borggreve SC Janus e.V.

Frau Christine Brandhorst TXKöln

Frau Carolina Brauckmann rubicon e.V.

Frau Michaela Diers Aidshilfe Köln e.V.

Herr Didier Moatty Rheinfetisch e.V.

Frau Ina Wolf KLuST e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Niklas Kienitz CDU

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Thomas Steffen auf Vorschlag DIE LINKE

Herr Ulrich Breite FDP

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 25. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST und begrüßt die Besucher*innen, die stimmberechtigten und die beratenden Mitglieder und ihre Stellvertreter*innen sowie die Vertreter*innen der Verwaltung.

Frau OB Reker weist auf die ausliegenden Merkblätter zu den Infektionsschutzmaßnahmen hin.

Verpflichtung eines neuen Mitglieds

Frau OB Reker teilt mit, dass Herr Bürgermeister Andreas Wolter die parallel stattfindende Sitzung des Verkehrsausschusses leite. Deswegen nehme auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Floris Rudolph an der Sitzung der StadtAG LST teil.

Frau OB Reker begrüßt Herrn Floris Rudolph als stellvertretendes beratendes Mitglied für diese Sitzung.

Es erfolgt die Verpflichtung in das Ehrenamt und die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Frau OB Reker erklärt, dass die Niederschrift der letzten Sitzung am 05.08.2020 verschickt wurde und bittet darum, die Verzögerung der Veröffentlichung durch die Verwaltung zu entschuldigen. Sie fragt zudem, ob es Rückfragen oder Anmerkungen zur Niederschrift gebe.

Es liegen keine Rückfragen und Anmerkungen vor.

Die Mitglieder der StadtAG LST nehmen die Niederschrift zur Kenntnis.

Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

Frau OB Reker weist darauf hin, dass die Einladung zur Sitzung am 17.08.2020 verschickt wurde. Folgende TOPs und Vorlagen seien seit Versand der Einladung der Tagesordnung noch zugesetzt worden:

- 2.1 Anfrage Sitzungskonzept
hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)
- 2.2 Anfrage bezüglich Neuer Zielgruppen in der LSBT*Q Jugendarbeit (2595/2020)
hier: Anfrage von Jürgen Piger (anyway e.V.)
- 2.2.1 Anfrage bezüglich neuer Zielgruppen in der LSBT*Q Jugendarbeit (2595/2020)
Antwort der Verwaltung
- 2.3 Anfrage Ampelpärchen am Heumark
hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)
- 2.3.1 Ampelpärchen Heumarkt
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020 (2613/2020)
Antwort der Verwaltung

- 2.4 Anfrage Installation Regenbogen-Zebrastreifen
hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)
- 2.4.1 Regenbogen-Zebrastreifen
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020 (2688/2020) Antwort der Verwaltung
- 2.5 Anfrage zu Maßnahmen des Ordnungs- und Gesundheitsamtes in der queeren Szene, hier: Anfrage von Uwe Weiler (KLuST e.V.)
- 2.5.1 Beantwortung der schriftliche Anfrage zu diversen Maßnahmen des Ordnungs- und Gesundheitsamtes der Stadt Köln in der queeren Szene (2723/2020) Antwort der Verwaltung, liegt als Tischvorlage aus
- 2.6 Anfrage Unisex-Toiletten in Schulen und anderen städtischen Gebäuden
hier: Anfrage von Jürgen Piger (anyway e.V.)
- 3.1 Antrag zum Budget der StadtAG LST
hier: Öffentlichkeitsarbeit der StadtAG LST / Antrag von Jürgen Piger (anyway e.V.)
- 6.2 Fotoausstellung des "Rainbow Cities Network" 2020: Thema "Lesbian Visibility" (2616/2020)
- 8.4 Inklusionsbericht 2019 (2285/2020)
- 8.5 Polittalk zu LGBTIQ* relevanten Themen zur Kommunalwahl 2020
hier: mündlicher Bericht von Uwe Weiler (KLuST e.V.)
- 8.6 LSBTI Aktionsplan: „Selbstverständlich unterschiedlich - Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt" (2574/2020)
- 8.7 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender für die Amtsperiode 2014-2020 (2366/2020)
- 8.8 Städtepartnerschaftlicher LSBTI-Austausch 2020
hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau OB Reker fragt, ob es von Seiten der Mitglieder der StadtAG LST noch Punkte gebe, die zugesetzt werden sollten. Sie stellt fest, dass dies nicht der Fall sei. Die Verwaltung schläge vor, die TOP 2.5 und 2.5.1 vorzuziehen und zu Beginn von TOP 2 zu behandeln.

Beschluss

Die so ergänzte und geänderte Tagesordnung wird durch die Mitglieder der StadtAG einstimmig beschlossen.

In der nachstehenden Wiedergabe ist die geänderte Reihenfolge aus technischen Gründen nicht darstellbar.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Schwerpunktthema/Vorträge

2 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Anfrage Sitzungskonzept
hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)
- 2.2 Anfrage Neue Zielgruppen in der LSBT*Q Jugendarbeit
hier: Anfrage von Jürgen Piger (anyway e.V.)
 - 2.2.1 Anfrage bezüglich neuer Zielgruppen in der LSBT*Q Jugendarbeit
2595/2020
- 2.3 Anfrage Ampelpärchen am Heumarkt
hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)
 - 2.3.1 Ampelpärchen Heumarkt
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020
2613/2020
- 2.4 Anfrage Installation Regenbogen-Zebrastreifen
hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)
 - 2.4.1 Regenbogen-Zebrastreifen
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020
2688/2020
- 2.5 Anfrage zu Maßnahmen des Ordnungs- und Gesundheitsamtes in der queeren Szene
hier: Anfrage von Uwe Weiler (KLuST e.V.)
 - 2.5.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage zu diversen Maßnahmen des Ordnungs- und Gesundheitsamtes der Stadt Köln in der queeren Szene
2723/2020
- 2.6 Anfrage Unisex-Toiletten in Schulen und anderen städtischen Gebäuden
hier: Anfrage von Jürgen Piger (anyway e.V.)

3 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

3.1 Verwendung des Budgets der StadtAG LST

- 3.1.1 Antrag zur Öffentlichkeitsarbeit
hier: Antrag von Jürgen Piger (anyway e.V.)

4 Trans*

- 4.1 Studie InTraHealth
hier: mündlicher Sachstandsbericht

- 4.2 Schwimmzeiten für trans- und intergeschlechtliche Menschen
1785/2020

5 LSBTI Geflüchtete

6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

- 6.1 Benennung von Straßen und Plätzen in Köln
hier: mündlicher Sachstandsbericht

- 6.2 Fotoausstellung des "Rainbow Cities Network" 2020: Thema "Lesbian Visibility"
2616/2020

7 Diversity

8 Sachstandsberichte und Mitteilungen

- 8.1 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit von September 2014 bis Juni 2020
1589/2020

- 8.2 QueerTV ist gestartet
2357/2020

- 8.3 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses nach der Kommunalwahl am 13.09.2020
2458/2020

- 8.4 Inklusionsbericht 2019
2285/2020

- 8.5 Polittalk zu LGBTIQ* relevanten Themen zur Kommunalwahl 2020
hier: mündlicher Bericht von Uwe Weiler (KLuST e.V.)
- 8.6 LSBTI Aktionsplan: „Selbstverständlich unterschiedlich - Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“
2574/2020
- 8.7 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender für die Amtsperiode 2014-2020
2366/2020
- 8.8 Städtepartnerschaftlicher LSBTI-Austausch 2020
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 9 Berichte aus Ausschüssen**
- 10 Mündliche Anfragen**
- 11 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Schwerpunktthema/Vorträge

Herr Oster erläutert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt nichts vorliege. Die vorgesehenen Vorträge hätten aufgrund des Hygienekonzeptes für den Sitzungssaal vertagt werden müssen.

2 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Anfrage Sitzungskonzept hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)

Herr Oster teilt mit, dass die Fachstelle die Anfrage an das zuständige Fachamt weitergeleitet habe, die Beantwortung aber noch ausstehe.

2.2 Anfrage Neue Zielgruppen in der LSBT*Q Jugendarbeit hier: Anfrage von Jürgen Piger (anyway e.V.)

2.2.1 Anfrage bezüglich neuer Zielgruppen in der LSBT*Q Jugendarbeit 2595/2020

Herr Oster weist auf die schriftliche Beantwortung einer Anfrage von Herrn Piger hin und fragt Herrn Piger, ob er Rückfragen an die Verwaltung habe.

Herr Piger äußert, dass bei der vorliegenden Beantwortung nicht auf seine Fragen eingegangen worden sei. Er habe wissen wollen, welche konkreten Maßnahmen das Jugendamt in den nächsten 5 Jahren für Trans-Jugendliche, für LGBT-Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund und für LGBT-Jugendliche mit körperlicher und geistiger Behinderung plane. Oft entstehe bei ihm der Eindruck, dass das Jugendamt die Zuständigkeit für LGBT-Jugendarbeit als durch das Jugendzentrum anyway abgedeckt ansehe. Zudem seien durch gesellschaftliche Veränderungen in den letzten Jahren neue Zielgruppen entstanden, für die nach seinen Erfahrungen im Jugendamt keine Expertise bestehe. Der neue Kinder- und Jugendförderplan betrachte LGBT zwar als Querschnittsthema, allerdings ließe dies viel Spielraum für Interpretationen und führe oft zur Nichtumsetzung. Das Stadtjugendamt München habe eine Broschüre mit Leitlinien für die Arbeit mit LGBT-Kindern, -Jugendlichen und -jungen Erwachsenen erstellt. Dies vermisse er in Köln.

Zu der Beantwortung habe er daher folgende Rückfragen an die Verwaltung:

Zu (1)

Ich finde es fachlich gut und notwendig, dass die Themen Diversität, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Geschlechtersensibilität/-gerechtigkeit im Kinder- und Jugendförderplan 2021-2026 als Querschnittsaufgabe einfließen sollen und bei der Entwicklung der Maßnahmen in den nächsten Monaten Berücksichtigung finden. Trotzdem würde ich gerne wissen, welche konkreten Pläne/Maßnahmen das Jugendamt für diese neuen Zielgruppen plant?

Zu (2)

*Wird die neue Fachkraft auch für LSBT*Q Themen zuständig sein und wie gestaltet sich ihre grundsätzliche Aufgabe?*

Herr Oster äußert, dass die Rückfragen aufgenommen und an das Amt für Kinder, Jugend und Familie zur Beantwortung weitergeleitet werden.

Die StadtAG LST nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.3 Anfrage Ampelpärchen am Heumarkt hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)

2.3.1 Ampelpärchen Heumarkt hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020 2613/2020

Herr Oster weist auf die schriftliche Beantwortung einer Anfrage von Herrn Claasen hin und fragt Herrn Claasen, ob er Rückfragen an die Verwaltung habe.

Herr Claasen merkt an, dass die Fragen nach seinem Empfinden falsch, nicht ausreichend und/oder gar nicht beantwortet worden seien. So heiße es in der Beantwortung zur ersten Frage „die Ampelmännchen wurden abmontiert, weil der Beschluss vorsah, dass sie zeitlich beschränkt sind“. Im Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 21.03.2019 sei die Formulierung „anlassbezogenen temporären“ jedoch gestrichen worden. Es habe sich somit von Beginn an um eine dauerhafte Installation gehandelt.

Zur zweiten Frage heiße es in der Antwort „es gibt Vorgaben in der Straßenverkehrsordnung, diese lässt keinen Entscheidungsspielraum zu“. Zahlreiche Beispiele quer durch die Republik zeigten jedoch, dass es Ausnahmen gebe. Somit müsse es richtigerweise heißen, dass in Deutschland abweichende Formen zulässig seien, allerdings bestimmten Mindestanforderungen unterlägen. So müsse die rote Figur immer stehend und die grüne immer gehend gezeigt werden. Auch mache die Straßenverkehrsordnung keine Vorgabe wie das Ampelmenschlein auszusehen habe. Seine dritte Frage sei gar nicht beantwortet worden.

Er weise darauf hin, dass einige Kommunen abweichende Ampel-Figuren dauerhaft installiert haben und abweichende Formen somit nicht ausgeschlossen seien. Daher stelle er folgende Rückfragen an die Verwaltung:

Welche (rechtlichen) Gründe gibt es, Ampelpärchen nicht dauerhaft zu installieren?

Welche Schritte sind erforderlich, um eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten und Ampelpärchen zu installieren?

Herr Weiler unterstützt die Aussagen von Herrn Claasen und betont, dass die Straßenverkehrsordnung von Fußgängern spreche. Diese könnten sowohl männlich als auch weiblich sein, die StVO regle das Geschlecht nicht.

Frau Westphal erklärt, dass die FDP eine dauerhafte Installation der Ampelpärchen wünsche. Auch durch solche Symbole könne sich Köln nach außen als queere Stadt darstellen. Gegen alternative Lösungen, die nicht rechtskonform seien, stehe der Rechtsweg immer offen. Daher solle die Stadt Köln das Recht auslegen und gestalten. Die Aufgabe der StadtAG LST sei es, den Fokus genau auf die Punkte zu legen, die Köln zu einer LSBTI-freundlichen Stadt machten.

Frau BM Scho-Antwerpes teilt die Meinung, nicht davon ausgegangen zu sein, dass die Ampel-Pärchen wieder entfernt würden. Dies sei eine befremdliche Entscheidung. Herr Oster sagt zu, der Fachdienststelle die Rückfragen zur Beantwortung vorzulegen. *Die StadtAG LST nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.*

2.4 Anfrage Installation Regenbogen-Zebrastreifen hier: Anfrage von Stephan Claasen (HomoKlüngel e.V.)

2.4.1 Regenbogen-Zebrastreifen hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020 2688/2020

Herr Oster weist auf die schriftliche Beantwortung einer Anfrage von Herrn Claasen hin und fragt Herrn Claasen, ob er Rückfragen an die Verwaltung habe.

Herr Claasen äußert, es heiße in der Antwort, dass die Markierung von Zebrastreifen ausschließlich in weißer Farbe erfolgen müsse. Bei Baustellen sei als Ausnahme die gelbe Farbe zugelassen. Dies sei als Antwort nur halb richtig, da die Straßenverkehrsordnung den Hinweis gebe, dass Fahrbahnbegrenzungen in verkehrsberuhigten Bereichen auch mit anderen Mitteln ausgeführt werden könnten. In seiner Anfrage habe er zudem Stellen für die Installation von Regenbogen-Zebrastreifen aufgeführt, die bereits ampelgesteuerte Fußgängerüberwege seien. Die gewünschten Zebrastreifen seien daher verkehrstechnisch nicht relevant. Sie dienten eher als Symbol, da die vorgeschlagenen Orte am Ende der „Via Culturalis“ lägen, sich dort auch die Wiege der LSBTI-Community befinde und die Fachstelle LSBTI angesiedelt sei. Aber auch die Schaaftenstraße würde sich für einen solchen Zebrastreifen eignen.

Daher habe er folgende Rückfragen an die Verwaltung:

Welche (rechtlichen) Gründe gibt es, Regenbogen-Zebrastreifen an den genannten Orten nicht zu installieren?

Welche Schritte sind erforderlich, um für die genannten Orte eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten und Regenbogen-Zebrastreifen zu installieren?

Herr Schuhmacher ergänzt, dass nach den Ergebnissen der Wirtschaftsstudie 10,6 Prozent der Menschen in Köln sich selbst als den LSBTI-Communities zugehörig bezeichnen. Daher sei sein Appell an die Verwaltung, bei der Findung von Lösungen etwas beweglicher zu sein. Dies sei erforderlich, um die in der Studie beschriebenen Vorteile für die Stadt weiter nutzen zu können.

Frau Nienhaus erklärt, sich mit der Verwaltung ein gemeinsames Verständnis von Möglichkeiten zu wünschen, um proaktiv Entscheidungen zum Wohle der Stadt treffen zu können. Der bisherige Weg sei restriktiv anhand von Rahmungen, die nicht immer passten. Daher würden Anfragen, Beantwortungen und Rückfragen in Schleifen immer wieder hin und her geschoben. Die StadtAG LST müsse versuchen zu verstehen, warum auf Anfragen solche Beantwortungen eingehen. Gleichzeitig müsse die Verwaltung versuchen zu verstehen, warum die StadtAG LST bestimmte Anfragen stelle. Vielleicht ergebe sich daraus auch die Möglichkeit, an Stellen wie dem Verkehrsausschuss zu erklären, warum die StadtAG LST solche Anfragen stelle.

Herr Oster sagt zu, dass das Amt für Integration und Vielfalt bei der Weitergabe der Rückfragen in die Verwaltung begleitend dafür werben werde, eine andere Sicht auf die Dinge zu nehmen.

Herr Neuhaus glaubt, dass die Anfrage nicht geschickt gestellt sei. Er kenne Beispiele für Regenbogenzebrastreifen in verkehrsberuhigten Straßen anderer Städte. Diese seien keine offiziellen Zebrastreifen, sondern temporär bemalte Streifen auf der Straße. Deshalb solle eher die Frage gestellt werden, ob anlassbezogen Straßen bunt bemalt werden dürften, wenn diese Streifen keine verkehrstechnische Gültigkeit hätten, aber für die LSBTI-Communities funktionierten.

Frau Westphal stellt fest, dass die Beantwortungen der Anfragen den Ergebnissen der Wirtschaftsstudie nicht gerecht werden. Ziel der Studie sei gewesen, der Verwaltung die Wichtigkeit der LSBTI-Communities für den wirtschaftlichen Erfolg und das weltweite und liberale Image der Stadt zu verdeutlichen. Daher sollten die Ergebnisse in den Dienststellen bekannt gemacht werden, um ein Umdenken im Verwaltungshandeln zu erreichen.

Die StadtAG LST nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.5 Anfrage zu Maßnahmen des Ordnungs- und Gesundheitsamtes in der queeren Szene hier: Anfrage von Uwe Weiler (KLuST e.V.)

2.5.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage zu diversen Maßnahmen des Ordnungs- und Gesundheitsamtes der Stadt Köln in der queeren Szene 2723/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist auf die Anfrage sowie die vorliegende Beantwortung der Verwaltung hin und bittet um die Gelegenheit zur Stellungnahme. Sie sei erstaunt, dass ihre Haltung für LSBTI-Menschenrechte nach zehn Jahren guter Zusammenarbeit angezweifelt werde, obwohl dieses Querschnittsthema in ihrem Dezernat angesiedelt sei. Es sei ihr wichtig, hier Haltung zu zeigen.

Sie wirbt um Verständnis, dass alle Kölner*innen zum Kampf gegen die Coronapandemie beitragen müssten und die Vorgaben der Coronaschutzverordnung einzuhalten seien. Die Schließung der Saunen sei nicht aus Gründen einer Machtdemonstration oder einer homophoben Gesinnung erfolgt. Vielmehr habe die Verwaltung Hinweise erhalten, dass Hygieneregeln nicht eingehalten würden. Dem sei die Stadt nachgegangen und habe Verstöße festgestellt. Sie schlage vor, die vorliegende Beantwortung der Anfrage durch das Ordnungsamt durchzugehen und sich dazu auszutauschen.

Herr Weiler freut sich über die Anwesenheit der Oberbürgermeister und stellt klar, dass die Anfrage nicht als persönlicher Angriff auf ihre Person zu verstehen gewesen sei. Allerdings finde er die Maßnahmen, die durch die Stadt in den letzten Monaten in der queeren Szene ergriffen wurden, sehr bedenklich. So seien zwei schwule Saunen geschlossen worden, während vergleichbare Betriebe nicht kontrolliert würden. Es sei realitätsfremd anzunehmen, dass sexuelle Handlungen ausschließlich in solchen Saunen stattfänden. Nun träfen sich die Menschen an anonymen Orten ohne Registrierung und Nachverfolgbarkeit.

Zur Situation der Schaafenstraße wolle er zudem sagen, dass auch ihm das Verhalten des Ordnungsamtes Angst bereitet habe, als die Menschen dicht an dicht auf die Bürgersteige gedrängt worden seien. Der Einsatzleiter habe geäußert, alle Menschen in der Stadt gleich zu behandeln. Das Ordnungsamt müsse aber anerkennen, dass die Schaafenstraße ein queerer Schutzraum sei, da LSBTI-Menschen sich nicht überall frei in der Stadt bewegen könnten. Daher sei eine Verteilung nicht möglich. Derzeit vermisse er im Handeln der Verwaltung eine liberale und offene Haltung.

Herr Schuhmacher vermutet die Einigkeit aller Anwesenden, dass unnötige Infektionen zu vermeiden seien. Es müsse festgestellt werden, wo besondere Risiken liegen und ob Hygienevorschriften umgesetzt werden. Bezogen auf die Saunen erkenne auch er den besonderen Schutzraumcharakter. Den Betreibern könne allerdings nicht zur Last gelegt werden, wenn Besucher die Formulare zur Nachverfolgbarkeit falsch ausfüllten. Viele Menschen wollten an diesen Orten nicht offiziell registriert sein. Daher könne man in Anlehnung an die Alkoholausgabe an Jugendliche an die Saunabetreiber die Auflage erlassen, beim Einlass über die Personalausweis die Adressdaten zu kontrollieren. Damit sei ein Abgleich möglich, ohne Daten dauerhaft zu speichern. Da durch das Gesundheitsamt abgenommene Hygienekonzepte der Saunen vorliegen, finde er Kontrollen durch das Ordnungsamt richtig. Allerdings empfinde er die Schließungen der Saunen als Reaktion auf Verstöße gegen diese Konzepte als nicht verhältnismäßig, wenn an anderen Stellen das Ordnungsgeld für die Nichteinhaltung der Maskenpflicht bei 150 Euro liege. Er gehe davon aus, dass in den Saunen nur einvernehmlicher Sex zwischen Menschen stattfinde und keine sexuelle Dienstleistung angeboten werde. Einvernehmlicher Sex zwischen zwei Menschen gehe immer mit einem Restrisiko für die Beteiligten einher. Nach seiner Auffassung sei das Gesundheitsamt Ansprechpartner für eine Abstimmung der Hygienevorschriften und des Gesundheitsschutzes. In den Hochzeiten von HIV und AIDS habe er abgestimmte Präventionskonzepte gegeben, Prävention habe vor Ort stattgefunden. Diese Konzepte ließen sich auch für die Corona-Pandemie gut anwenden.

Frau OB Reker weist darauf hin, dass sehr wohl auch andere Betriebe geschlossen wurden. Zudem habe sich die Stadt lange überlegt, wie mit der Situation umzugehen sei, und hätte hier auch restriktiver handeln können. Die grundsätzliche Entscheidung sei, die Orte für einvernehmliche sexuelle Handlungen offen zu halten. Aber die Verwaltung sei auch dafür verantwortlich, Infektionszahlen niedrig zu halten, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Dafür seien Hygienekonzepte vorzulegen und einzuhalten, das Ordnungsamt schätze bei Kontrollen die Gefahrensituation ein. Aus den vorliegenden Berichten ginge hervor, dass sexuelle Dienstleistungen angeboten wurden. Daher sei die Schließung der Saunen das angemessene Mittel für das Ordnungsamt gewesen.

Ihr Ziel für den Dialog sei es, sich auf ein gutes Verfahren zu einigen. Die Frage sei daher, wie in Zukunft miteinander umgegangen werde, da ein Infektionsrisiko dieser Art an keiner Stelle der Stadt wünschenswert sei.

Herr Saurenbach fordert, die Konzepte der Vergangenheit auch für diese Pandemie anzuwenden und gemeinsam zu einer Lösung zu kommen. Die Oberbürgermeisterin solle das Ordnungsamt auffordern, das Gesundheitsamt einzubeziehen.

Herr Weiler fragt, wie viele Infektionen vorliegen, die aus Besuchen der Saunen oder der Schaafenstraße resultierten. Weiterhin liege dem Stadtdirektor seit Anfang Juni 2020 ein Vorschlag zur Schaafenstraße vor, da absehbar gewesen sei, dass trotz einer Verschiebung des CSD mit vielen Besucher*innen zu rechnen sei. Durch die Verwaltung sei dies als Straßenfest eingestuft worden. Die Räumung der Schaafenstraße am ursprünglichen CSD-Wochenende sei vermeidbar gewesen. Er wünsche sich einen Austausch zwischen dem Ordnungsamt, dem Gesundheitsamt und den Betreibern, um tragfähige Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.

Herr Schuhmacher ergänzt, dass das Gesundheitsamt nach seiner Kenntnis bereit sei, an solchen Gesprächen teilzunehmen und alte Konzepte wieder umzusetzen. Aufgrund der tatsächlich recht geringen Infektionszahlen in Köln sei am Meisten gewonnen, wenn die Nachverfolgbarkeit gesichert wäre. Nach seiner Kenntnis gebe es aus den letzten Monaten keine überdurchschnittlichen Infektionen in schwulen Sau-

nen und Betrieben. In den Fußgängerzonen seien viel mehr Menschen ohne Abstand und Masken unterwegs.

Frau OB Reker erläutert, dass die Landesregierung davon ausgehe, dass sich alle Menschen regelkonform verhalten.

Frau BM Scho-Antwerpes schließt an die Aussage von Herrn Saurenbach an und erinnert daran, dass im Rahmen eines schwierigen Prozesses die sogenannte „Kölner Linie“ aufgebaut wurde, die Ruhe in die Situation gebracht habe. Sie habe die feste Erwartungshaltung gehabt, dass im Umgang mit der Corona-Pandemie auf den damaligen Konzepten aufgebaut werde.

Frau OB Reker äußert, dass sie diese Anregung zum ersten Mal höre.

Frau BM Scho-Antwerpes entgegnet, zum Vorgehen zwischen der Wirtegemeinschaft und der Verwaltung stelle sie fest, dass ihr der gesamte Schriftverkehr bereits vorgelegen habe, als im Hauptausschuss gesagt wurde, das Konzept liege nicht vor.

Frau OB Reker erklärt, dass es nützlicher sei, wenn Konzepte den Fachdienststellen vorliegen.

Frau BM Scho-Antwerpes erläutert, dass das Schreiben nachweislich an den Stadtdirektor gegangen sei und von Seiten der Wirtegemeinschaft eine Einladung zum Gespräch erwartet wurde. Stattdessen wurde das Konzept als Straßenfest abgetan, das nicht genehmigungsfähig sei. Auch andere Konzepte seien durch das Ordnungsamt abgelehnt worden. Zwischenzeitlich seien in Absprache mit dem Ordnungsamt und der Polizei Bedarfssperren beschafft worden, um eine zu volle Straße für den Durchgangsverkehr zu sperren. Dies funktioniere sehr gut. Insgesamt sei inzwischen der Tenor aufgekommen, homophobe Strukturen würden wachsen, Vorurteile würden hervorgeholt.

Im weiteren Gespräch wird vereinbart, dass Frau BM Scho-Antwerpes das vorliegende Konzept an Frau OB Reker weiterleitet.

Herr Schuhmacher stellt das gemeinsame Interesse aller Beteiligten fest, die Schutzräume der LSBTI-Communities zu betreiben und Sicherheit herzustellen. Daraus ließen sich zukunftsfähige Konzepte für den Gesundheits- und Infektionsschutz entwickeln. Ein Wesen von Prävention sei, dass diese immer nur mit den Menschen funktioniere. Er könne sich Kooperationen mit den Betreibern vorstellen, um eine bessere Akzeptanz der Hygienevorschriften zu erreichen. Dazu wünsche er sich einen Impuls der Oberbürgermeisterin an alle Beteiligten, das gemeinsame Handeln abzustimmen.

Frau OB Reker greift diesen Wunsch auf und kündigt die kurzfristige Einladung aller Beteiligten zu einem runden Tisch an. Aufgabe sei auch die konzeptionelle Betrachtung für das im Oktober stattfindende CSD-Wochenende vorzunehmen.

Herr Rudolph bestärkt den Blick in die Zukunft. Passiertes dürfe nicht wieder passieren. Für Karneval sei die Situation ähnlich. Daher müssten kluge Konzepte gefunden werden.

Als weiteren Punkt fügt er an, dass in der Beantwortung der Anfrage von interkulturellen Kompetenzen und Rassismus-kritischen Schulungen gesprochen werde. Er halte diese Kompetenzen für wichtig, die Anfrage sei aber in eine andere Richtung gegangen.

Frau OB Reker unterstellt, dass in der Beantwortung damit auch LSBTI-sensibel gemeint sei.

Frau Nienhaus findet es wichtig, auch die Fragestellungen der Saunen noch einmal proaktiv zu betrachten. Es gehe um Schutzräume, Corona habe aber niemand ge-

plant. Aus Angst und Sorge seien die ersten Schritte daher nicht optimal gelaufen. Durch den Vorschlag von Frau OB Reker seien eine erneute Betrachtung sowie eine Verbesserung der Situation in allen Bereichen möglich geworden.

Die StadtAG LST nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.6 Anfrage Unisex-Toiletten in Schulen und anderen städtischen Gebäuden hier: Anfrage von Jürgen Piger (anyway e.V.)

Herr Oster teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage von Herrn Piger noch in Bearbeitung ist.

3 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

3.1 Verwendung des Budgets der StadtAG LST

3.1.1 Antrag zur Öffentlichkeitsarbeit hier: Antrag von Jürgen Piger (anyway e.V.)

Herr Oster fragt, ob die Mitglieder der StadtAG LST Fragen zum Antrag von Herrn Piger zur Öffentlichkeitsarbeit haben, dessen Antragsvolumen bei 1260,-€ liege.

Es gibt keine Fragen an den Antragsteller.

Die StadtAG LST fasst folgenden

Beschluss:

a. Beschreibung des Vorhabens

Die StadtAG LST beteiligt sich öffentlichkeitswirksam an der Aktion „Köln bleib(t) bunt! Eine solidarische Aktion zur Sichtbarkeit NICHT-heteronormativer L(i)ebensformen aller Menschen.“ des Kölner Lesben- und Schwulentags e.V. (KLuST e.V.) und wird dazu bei den Veranstaltern des ColognePride 18 Regenbogenflaggen bestellen, die mit dem Logo der StadtAG LST bedruckt während des ColognePride 2020 an der Deutzer Brücke aufgehängt werden.

Nach dem ColognePride 2020 werden die bedruckten Regenbogenfahnen an die Mitgliedsorganisationen der nach der Kommunalwahl neu besetzten StadtAG LST gegeben. Die Aufteilung der Fahnen erfolgt nach Anzahl der Sitze im Gremium (pro Sitz eine Fahne). Die Mitgliedsorganisationen werden diese Fahnen während der gesamten Amtsperiode zur weiteren Öffentlichkeitsarbeit der StadtAG LST nutzen.

b. Zweck und Ziel der Verwendung

Zweck der Beschaffung der mit dem Logo der StadtAG LST bedruckten Regenbogenfahnen ist die Unterstützung des diesjährigen ColognePride sowie die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Gremiums in der neuen Amtsperiode.

c. Kosten- und Finanzierungsplan

Für die Beschaffung der bedruckten Regenbogenfahnen fallen Kosten in Höhe von 70,00 Euro pro Stück an. Durch die Bestellung von 18 Fahnen ergibt sich ein Gesamtbetrag in Höhe von 1.260,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: *Einstimmig beschlossen*

4 Trans*

4.1 Studie InTraHealth hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann berichtet, für die heutige Sitzung sei ein Vortrag zur InTraHealth Studie geplant gewesen. Da dieser wegen der Corona-Auflagen erneut verschoben wurde, weise sie auf eine derzeit laufende Befragung hin, an der sich trans- und intergeschlechtliche Menschen aus ganz Deutschland beteiligen könnten. Die Umfrage laufe als ein Teil der Studie noch bis 30.09.2020 und ziele darauf ab, Erfahrungen von inter- und transgeschlechtlichen Personen in der allgemeinen Gesundheitsversorgung zu erfassen. Auch würden trans- und intergeschlechtliche Menschen für Studieninterviews gesucht, für die es eine kleine Aufwandsentschädigung gebe. An den Plätzen lägen Flyer aus, die an Interessierte weitergegeben werden könnten. Mit den Ergebnissen der Studie sollten dann Fortbildungsmaßnahmen für Gesundheitsfachkräfte konzipiert werden mit dem Ziel, Diskriminierung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen im Gesundheitssystem abzubauen.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.2 Schwimmzeiten für trans- und intergeschlechtliche Menschen 1785/2020

Herr Burghof-Parkin berichtet, dass am 26.06.2020 der erste Schwimmtermin für trans- und intergeschlechtliche Menschen im städtischen Genovevabad in Köln-Mülheim stattgefunden habe. An dem als „trans*inter and friends-Termin“ geplanten Angebot hätten 35 Menschen teilgenommen. Durch den SC Janus sei eine Rettungsperson, durch die Organisator*innen ein Awareness-Team gestellt worden. Es habe eine Einzel- und eine Gemeinschaftsdusche gegeben. Im Becken sei eine Bahn für Streckenschwimmer*innen abgetrennt gewesen. Die Gesamtstimmung werde als positiv und offen bewertet, die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden des Schwimmbades werde als problemlos und zuvorkommend beschrieben. Der zweite Termin habe am 28.08.2020 stattgefunden und sich ausschließlich an trans- und intergeschlechtliche Menschen gerichtet. Die Bewerbung sei auch über die städtischen Social Media Kanäle erfolgt. 38 Menschen hätten das Angebot wahrgenommen. Da das Pilotprojekt zum Jahresende auslaufe, bemühe sich das Orga-Team derzeit um eine Anschlussfinanzierung für das Folgejahr.

Beim zweiten Termin sei im Rahmen einer Evaluierung zum Angebot folgendes Zitat einer teilnehmenden Person eingeholt worden:

„Ich bin zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder ins Schwimmbad gegangen, und es war eine sehr schöne Erfahrung. Ich werde auf jeden Fall öfter kommen! Sonst gibt es für mich fast keine anderen Räume, in denen ich mich wohl/sicher fühle, schwimmen zu gehen. Ich habe seit Jahren auf so ein Angebot in Köln gewartet.“

Frau Sängler berichtet von ihrer eigenen Teilnahme am Schwimmangebot, das sie als entlastenden Schutzraum wahrgenommen habe. Unter den Teilnehmenden gebe es viele Menschen, die aus Angst vor komischen Blicken und Sprüchen seit Jahrzehnten kein Schwimmbad besucht hätten. Mit Blick auf die Haltung der Verwaltung ergänze sie, dass sie im Rahmen der Vorbereitung dieses Angebotes keine Widerstände der Stadt Köln erlebt habe, zunächst nur die Finanzierung fraglich gewesen sei. Dieses Verhalten wünsche sie sich auch an anderen Stellen.

Frau Westphal berichtet, sie habe im Rahmen ihrer Teilnahme am Podcast „Yvonne und Berner“ mit dem Titel „Hey Kölle!“ auf das Angebot hingewiesen, welches sie für Köln als freie und vielfältige Stadt als Gewinn empfinde. Auch Frau Oberbürgermeisterin Reker und Herr Oster hätten an dieser Folge mitgewirkt.

Der Podcast ist über folgenden Link abrufbar: <https://podtail.com/de/podcast/yvonne-berner/13-0-hey-kolle/>

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 LSBTI Geflüchtete

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

6.1 Benennung von Straßen und Plätzen in Köln hier: mündlicher Sachstandsbericht

Herr Burghof-Parkin berichtet, dass die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST in der Sitzung am 23.11.2015 einen Vorschlag zur Benennung von Straßen und Plätzen in Köln einstimmig an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gegeben hätten. Dort sei dieser in der Sitzung am 08.03.2016 unverändert beschlossen und an die Bezirksvertretungen weitergeleitet worden. Gegenwärtiger Sachstand sei, dass die Bezirksvertretungen bisher keine Straßen oder Plätze nach den vorgeschlagenen Frauen benannt hätten. Das Zentrale Namensarchiv im Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster teile zudem mit, dass die dort geführte Vorschlagsliste aktuell ca. 550 Namen umfasse. Die Namen von Elke Mascha Blankenburg, Sibylle Mertens-Schaafhausen und Marlene Dietrich seien dort enthalten, Charlotte Wolff stehe nicht auf der Liste. Zu den Namen Elke Mascha Blankenburg und Sibylle Mertens-Schaafhausen habe es zusätzlich den Hinweis gegeben, dass diese Namen sehr lang seien und somit für eine Straßen- oder Platzbenennung nicht in Frage kämen. Der Name von Charlotte Wolff werde für eine Benennung nicht vorrangig vorgeschlagen, da der Bezug zu Köln fehle. Der nachträglich eingereichte Vorschlag, eine Straße nach Simone de Beauvoir zu benennen, werde aufgrund der französischen Schreibweise zu Schwierigkeiten führen z.B. bei der Eingabe in das Navi der Rettungskräfte. Grundsätzlich könnten weitere Vorschläge jederzeit über strassennamen@stadt-koeln.de eingereicht werden. Diese würden von den Kolleg*innen geprüft. Eine Rückmeldung an die vorschlagende Person erfolge nicht.

Herr Rudolph stellt die Rückfrage, ob es zur Benennung von Straßen sowie zur Prüfung von vorgeschlagenen Namen eine Richtlinie gebe.

Herr Oster erklärt, davon auszugehen, dass es eine solche Richtlinie gebe. Diese füge die Verwaltung im Nachgang zur Sitzung der Niederschrift bei.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

*Im Nachgang der Sitzung hat das Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster - Fachstelle Zentrales Straßennamensarchiv - die Richtlinie zur Benennung von Straßen und Plätzen in Köln in der aktuell gültigen Fassung vom 26.08.1999 zur Verfügung gestellt. Für Rückfragen steht in der nächsten Sitzung ein*e Mitarbeiter*in des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kataster – Zentrales Straßennamensarchiv – zur Verfügung.*

**6.2 Fotoausstellung des "Rainbow Cities Network" 2020: Thema "Lesbian Visibility"
2616/2020**

Es gibt keine Rückfragen zur vorliegenden Mitteilung.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Diversity

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

8 Sachstandsberichte und Mitteilungen

**8.1 Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
für die Zeit von September 2014 bis Juni 2020
1589/2020**

Es gibt keine Rückfragen zur vorliegenden Mitteilung.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**8.2 QueerTV ist gestartet
2357/2020**

Frau Sänger äußert, dass in der Mitteilung nicht angegeben sei, wie auf das Angebot zugegriffen werden könne.

Herr Oster weist darauf hin, dass der Fliestext des zweiten Absatzes einen entsprechenden Link enthalte. Er räumt ein, dass es geschickter wäre, den Link am Ende des Absatzes einzufügen.

Frau Tokyurek berichtet, die Mitteilung bereits aus anderen Ausschüssen zu kennen. Dort sei diese auf wenig Interesse gestoßen. Dies finde sie sehr schade, da das wichtige Thema Intersektionalität angesprochen werde. Sie führt weiterhin aus, dass sie Fragen zum Konzept, dem Aufbau, der Verbreitung sowie der Einbindung der angesprochenen Zielgruppe habe. Es sei schade, wenn das Projekt unbemerkt statffinde.

Herr Weiler äußert, sich einen regen Austausch und eine enge Zusammenarbeit zu wünschen. Dadurch könne eine Abstimmung erfolgen, um Kräfte zu bündeln.

Herr Oster erklärt, dass das Projekt noch am Anfang stehe. Er schlage vor, zur nächsten regulären Sitzung eine Ansprechperson einzuladen, um einen ersten Erfahrungsbericht zu erhalten und Fragen zum konzeptionellen Background zu stellen. Auch der Vernetzungsgedanke könne dann aufgegriffen werden.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**8.3 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses nach der Kommunalwahl am
13.09.2020
2458/2020**

Es gibt keine Rückfragen zur vorliegenden Mitteilung.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**8.4 Inklusionsbericht 2019
2285/2020**

Es gibt keine Rückfragen zur vorliegenden Mitteilung.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**8.5 Polittalk zu LGBTIQ* relevanten Themen zur Kommunalwahl 2020
hier: mündlicher Bericht von Uwe Weiler (KLuST e.V.)**

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**8.6 LSBTI Aktionsplan: „Selbstverständlich unterschiedlich - Aktionsplan
der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“
2574/2020**

Es gibt keine Rückfragen zur vorliegenden Mitteilung.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**8.7 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und
Transgender für die Amtsperiode 2014-2020
2366/2020**

Herr Piger dankt der Verwaltung für die Erstellung des Tätigkeitsberichts sowie Carolina Brauckmann für die Ausarbeitung des Fazits.

Die StadtAG LST nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.8 Städtepartnerschaftlicher LSBTI-Austausch 2020 hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann berichtet, dass der ursprünglich geplante Sister Cities Austausch mit den lateinamerikanischen Partnerstädten zum diesjährigen Cologne Pride nicht stattfinden könne. Stattdessen plane die Stadt Köln unter Bezugnahme auf den Ratsbeschluss vom 14.05.2020 in diesem Jahr vier Personen aus der Kölner Partnerstadt Kattowitz einzuladen. Die Delegation werde sich voraussichtlich von Donnerstag, 08.10.2020, bis Montag, 12.10.2020, in Köln aufhalten und am diesjährigen CSD sowie den damit zusammenhängenden Veranstaltungen teilnehmen. Ebenso sei ein Fachaustausch mit Kölner Aktivist*innen, LSBTI-Organisationen und der Verwaltung vorgesehen.

Mit der Einladung solle im Rahmen der internationalen Solidarität der Einsatz der polnischen Aktivist*innen durch die Stadt Köln als offizielle Institution gewürdigt, die Menschenrechtsarbeit in Kattowitz gestärkt und die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus beiden Partnerstädten vernetzt werden.

Die StadtAG LST nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

9 Berichte aus Ausschüssen

Frau Nienhaus teilt in Vertretung für Frau Brauckmann, die als Sachkundige Einwohnerin beratendes Mitglied im Ausschuss für Soziales und Senioren sei, mit, dass es gelungen sei, dass im aktuell zu beantragenden oder zu entwickelnden Gesamtkonzept für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt der Gedanke eines Schutzangebots für trans- und intergeschlechtliche Menschen Berücksichtigung finde. Dies sei in das Protokoll der Sitzung aufgenommen worden. Frau BM Scho-Antwerpes habe die Wichtigkeit des Themas verdeutlicht. Zudem zeige sich an dieser Stelle eine wichtige Schnittstelle zwischen der StadtAG LST und dem Ausschuss, um Themen der StadtAG LST voranzubringen.

Frau BM Scho-Antwerpes berichtet von einem Besuch beim HennaMond e.V. Es gebe viele Institutionen, die sich der Thematik annähmen und die Menschen unterstützten. Auch sie wünsche sich eine Vernetzung, um im Bedarfsfall Informationen über Hilfsangebote zur Verfügung stellen zu können.

Herr Bachhausen informiert aus dem Wirtschaftsausschuss. Dort sei über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Weihnachtsmärkte gesprochen worden. Derzeit könne noch nicht gesagt werden, ob der schwul-lesbische Weihnachtsmarkt stattfinden könne. Die Verwaltung sei in Verhandlungen mit den Veranstaltern.

10 Mündliche Anfragen

Es gibt keine neuen Anfragen an die Verwaltung.

11 Verschiedenes

Herr Schuhmacher teilt mit, dass er zeitnah aus dem Dienst scheidet und dies die letzte Sitzung der StadtAG LST sei, an der er als Mitglied teilnehme. Er bedanke sich bei den stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern der StadtAG LST sowie der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und viele konstruktive, manchmal auch schwierige Gespräche in der auslaufenden Amtsperiode. Sofern die Aidshilfe Köln auch in die neubesetzte StadtAG LST gewählt werde, stehe Oliver Schubert als Nachfolger bereit.

Die Mitglieder der StadtAG LST drücken akustisch ihren Dank an Herrn Schuhmacher aus.

Herr Oster erinnert an den Beschluss bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Ungarn aus der letzten Sitzung und berichtet, dass dieser wie beschlossen an die Kölner Bundestagsmitglieder (MdB) sowie die Abgeordneten des Europaparlaments (MdEP) zur Kenntnis gegeben wurde. Bisher seien dazu Antworten von Gisela Manderla (MdB), Sven Lehmann (MdB) und Rolf Mützenich (MdB) eingegangen, die die Geschäftsführung im Nachgang zur Sitzung an die Mitglieder der StadtAG LST weiterleite.

Herr Oster informiert über den Zeitplan zur Neubesetzung der StadtAG LST. Aus der Geschäftsordnung des Gremiums ergebe sich, dass innerhalb eines Monats nach der Kommunalwahl am 13.09.2020 die einmonatige Bewerbungsphase um einen Sitz beginnen müsse. Die Geschäftsführung der StadtAG LST werde mit einer Pressemitteilung zur Bewerbung aufrufen. Interessierte Organisationen und Gruppen erhielten bei der Fachstelle LSBTI zwei für die Bewerbung zu verwendende Formulare. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist im Oktober 2020 werde die Verwaltung einen Vorschlag zur Neubesetzung der stimmberechtigten und stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieder erarbeiten und dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Entscheidung vorlegen. Die Ausschussempfehlung werde anschließend dem Rat der Stadt Köln mit der Bitte um Beschlussfassung vorgelegt. Dies sei für Dezember 2020 vorgesehen. Die Verwaltung hoffe, die konstituierende Sitzung der StadtAG LST in neuer Besetzung Anfang 2021 durchführen zu können.

Herr Oster bedankt sich zum Abschluss der Sitzung für das Engagement der Mitglieder in der auslaufenden Amtsperiode. Durch den Tätigkeitsbericht der Fachstelle LSBTI und das Fazit der stimmberechtigten Mitglieder werde erkennbar, dass in den vergangenen Jahren Einiges erreicht worden sei und Manches auf den Weg gebracht wurde. Auch seien neue Handlungsbedarfe identifiziert worden. Es liege in der Natur der Sache eines politischen Gremiums, dass in der Sache manchmal hart gerungen werde. Umso mehr bedanke er sich im Namen des Amtes für Integration und Vielfalt sowie der Fachstelle LSBTI für die gute und faire Zusammenarbeit sowie das entgegengebrachte Vertrauen. Er freue sich, wenn sich die derzeit in der StadtAG LST vertretenen Organisationen und Selbsthilfegruppen erneut um einen Sitz im Gremium bewerben.

Einen besonderen Dank richtet Herr Oster an Herrn Schuhmacher, der wegen des baldigen Eintritts in den Ruhestand der neuen StadtAG LST nicht mehr angehören werde. Er habe ihn stets als sehr kompetentes und engagiertes Mitglied erlebt. Für die neue Lebensphase wünsche er ihm, dass er das Berufsleben bald ganz hinter sich lassen könne, eine gute Gesundheit, aber auch die Neugier, immer wieder mal zu schauen, was die StadtAG LST in den nächsten Wahlperioden erreiche, um die Lebensverhältnisse der LSBTI-Communities zu verbessern.

Herr Oster schließt die Sitzung und verabschiedet sich von allen Anwesenden.

gez. Henriette Reker

Oberbürgermeisterin

(Sitzungsleitung bis einschließlich vorgezogener TOP 2.5.1)

gez. Hans-Jürgen Oster

(Sitzungsleitung ab TOP 2)

gez. Thiemo Burghof-Parkin

Schriftführung